

## 465832-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – MHH - Ersatzneubau der Außenstelle des Instituts für Rechtsmedizin -Fachplanung Technische Ausrüstung Elektro  
OJ S 128/2026 07/07/2026  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Medizinische Hochschule Hannover

E-Mail: [Zentraleinkauf-Vergaben@mh-hannover.de](mailto:Zentraleinkauf-Vergaben@mh-hannover.de)

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: MHH - Ersatzneubau der Außenstelle des Instituts für Rechtsmedizin -Fachplanung Technische Ausrüstung Elektro

Beschreibung: Die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) beabsichtigt im Zuge dieses Verfahrens Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung Elektrotechnik LP 1 bis LP 9 zu vergeben.

Kennung des Verfahrens: b108fc90-13f9-446b-981d-503050a09266

Interne Kennung: 2026/702/8978

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oldenburg

Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)

Land: Deutschland

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXS0YDWYT1MHS2Y7# Für die Prüfung der Teilnahmeanträge und Angebote wird verwiesen auf die Darstellungen und Ausführungen in den Vergabeunterlagen, Dokument

000\_Vergabeinformationen\_MHH\_Ersatzneubau\_REM\_Oldenburg sowie Dokument Anlage 11 REM OL Auswahlmatrix\_ 1Stufe\_Teilnahmewettbewerb und Dokument Anlage 12 REM OL Zuschlagsmatrix

**Rechtsgrundlage:**

### 2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Erfüllung der Bedingungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LKSG) und der Anforderungen gemäß NTVergG

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Gem. §123 GWB Abs. 1 Nr. 1: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Öffentliche Auftraggeber schließen, gemäß §123 Abs. 1 Nr. 1 GWB ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1.§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach § 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB: § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)

Betrug: § 123 Zwingende Ausschlussgründe (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: Abs. 1 Nr. 4.§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, Abs. 1 Nr. 5.§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

Korruption: Gem. §123 GWB Abs. 1 Nr. 6 besteht ein Ausschlussgrund: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen)

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB: den §§ 232 232a Abs. 1-5,

den 232b bis 232a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Gem. §123 Abs 4 GWB Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1.das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2.die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Gem. §123 Abs 4 GWB Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1.das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2.die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 1 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 1 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 1 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Zahlungsunfähigkeit: Gem. §124 GWB Abs.1 Nr. 2 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat  
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 2 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 2 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 3 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.  
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Gem. §124 GWB Abs.1 Nr. 4 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 5 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 6 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 7 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Gem. § 124 GWB Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 besteht ein fakultativer Ausschlussgrund wenn -das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln. -das Unternehmen a)versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b)versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c)fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0001

Titel: MHH - Ersatzneubau der Außenstelle des Instituts für Rechtsmedizin -Fachplanung Technische Ausrüstung Elektro

Beschreibung: Die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) beabsichtigt im Zuge dieses Verfahrens Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung Elektrotechnik LP 1 bis LP 9 zu vergeben für einen Neubau der Rechtsmedizin Oldenburg.

Interne Kennung: 2026/702/8978

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

#### 5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oldenburg

Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)

Land: Deutschland

#### 5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

#### 5.1.6. Allgemeine Informationen

##### Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

#### 5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Erfüllung der Anforderungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), Angabe von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter

Gefördertes soziales Ziel: Zugang für alle, Gleichstellung der Geschlechter, Faire Arbeitsbedingungen

Die Beschaffung fällt in den Geltungsbereich der Richtlinie zur Energieeffizienz (EED) (EU) 2023/1791

##### Liste der Produkte, Arbeiten, Dienstleistungen und Gebäude, die mit der Richtlinie zur Energieeffizienz (EED) in Verbindung stehen:

Dienstleistungen (Ökodesign-Vorschriften)

#### 5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anlage 01 Eigenerklärung zur Eignung/Firmenauskunft (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Eigenerklärung zur Eignung /Firmenauskunft

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anlage 10 REM OL Referenzformblätter (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Eigenerklärung Referenzen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anlage 03 Erklärung NTVergG (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Anlage 03 Erklärung NTVergG

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anlage 03a Anlage 03a Vertragsbedingungen Erklärung NTVergG Stand 30.06.2020. (Mit dem Teilnahmeantrag; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Vorvertragliche Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz) - Stand: 01.01.2020; Zusicherung der Einsichtnahme- und Kontrollrechte des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anlage 06 Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anlage 07 Verpflichtungserklärung von eingebundenen Drittunternehmen (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Verpflichtungserklärung von eingebundenen Drittunternehmen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Versicherungsnachweis Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Dritterklärung): Versicherungsnachweis Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung unter Beachtung der Mindestanforderung. Oder eine Eigenerklärung des Bieters, dass im Auftragsfall eine Versicherung in der geforderten Höhe erfolgt. Die Versicherungsbestätigung ist nach Zuschlagserteilung innerhalb einer Woche dem Auftraggeber unaufgefordert vorzulegen.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis Qualitätssicherungssystem (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Nachweis, dass der Bewerber ein internes Qualitätssicherungssystem installiert und betreibt. Der Nachweis kann durch Vorlage einer gültigen Zertifizierung oder einer textlichen Darstellung des QS-Systems (möglichst nicht länger als 2 DIN A4-Seiten, Arial, Schriftgröße 11 pt, einzeiliger Zeichenabstand) erbracht werden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Formlose Kurzbeschreibung der Referenz (max. 2 DIN A4-Seiten, in Arial Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand). (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Es ist eine eigens anzufertigende formlose Kurzbeschreibung der Referenz beizufügen (max. 2 DIN A4-Seiten, in Arial Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand).

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: "Spezifischer Jahresumsatz": der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre bezogen auf Fachplanungsleistung Elektrotechnik - Anlage 01 Eigenerklärung zur Eignung mit folgenden Mindestanforderungen: Der spezifische Jahresumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023-2025), bezogen auf Fachplanungsleistungen Elektrotechnik, muss mindestens 200.000 EUR p.a. netto betragen (spezifischer Jahresumsatz) Bei Bietergemeinschaften sind die Zahlen der jeweiligen Büros zu addieren.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung - Der Bewerber muss nachweisen, dass er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Fachrichtung Elektrotechnik) rechtmäßig zu führen. Zudem muss für die zu erbringenden Leistungen im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV eine entsprechende Bauvorlagenberechtigung nach dem jeweils geltenden Landesrecht vorliegen. Bei juristischen Personen ist dieser Nachweis für den verantwortlichen Projektbearbeiter/Entwurfsverfasser zu erbringen. Erforderlicher Nachweis: Kopie der Kammerurkunde, Eintragung in die Liste der Bauvorlagenberechtigten Ingenieure der Ingenieurkammer sind dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bescheinigung der Eintragung im Handels- bzw. Berufsregister - Der Bewerber muss ordnungsgemäß im Berufs- oder Handelsregister seines Sitzes eingetragen sein (sofern verpflichtend, s. Anlage 01 Eigenerklärung zur Eignung, Punkt 1). Erforderlicher Nachweis (sofern verpflichtend): Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister (nicht älter als 6 Monate; Stichtag: Ende der Teilnahmefrist an diesem Verfahren)

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Versicherungsnachweis Berufshaftpflichtversicherung - Anlage 01 Eigenerklärung zur Eignung mit folgenden Mindestanforderungen: Nachweis einer bestehenden oder im Auftragsfall abzuschließenden Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungshöhe von: 2,0 Mio. EUR für Personenschäden und 2,0 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden). Erforderlicher Nachweis: Kopie der Versicherungspolice oder einer rechtsverbindliche Eigenerklärung des Bieters dass die Deckungssummen im Auftragsfall auf die geforderten Beträge erhöht oder neu abgeschlossen werden.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zur Anzahl fest angestellte Ingenieure in Vollzeit in dem Bereich Elektrotechnik in Vollzeit p.a. in den letzten 3 Geschäftsjahren - Anlage 01 Eigenerklärung zur Eignung mit folgenden Mindestanforderungen: mind. 3 fest angestellte Ingenieure in dem Bereich Elektrotechnik in Vollzeit p.a. in den letzten 3 Geschäftsjahren

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (s. Anlage 10 REM OL Referenzformblätter) - Referenzen Anlage 10 REM OL Referenzformblätter ist zwingend auszufüllen. Benennung von genau 3 Referenzen mit folgenden Mindestanforderungen: - Es handelt sich um eine Referenz aus der EU - Die Referenzleistung ist im Zeitraum 01/2015 bis zum Ende der Teilnahmefrist an diesem Verfahren ausgeführt worden sein. - Mindestens eine der drei eingereichten Referenzen muss alle Leistungsphasen (LPH 2 - 8 gemäß §55 HOAI 2021 oder vergleichbarer Leistungen) in dem Referenzzeitraum (01/2015 - Stichtag: Ende der Teilnahmefrist an diesem Verfahren) abdecken. Der Abschluss der LPH 8 muss innerhalb des hier genannten Referenzzeitraumes erfolgt sein. Der Nachweis eines innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossenen Teilbauabschnitts wird als ausreichende Referenz anerkannt. - Die anrechenbaren Kosten (für die Planungskosten Fachplanung Elektro Anlagengruppe 4 + 5) müssen mind. 200.000 EUR netto betragen. - mindestens Honorarzone II oder höher - eigens formlos angefertigte Kurzdarstellung (max. 2 DIN A4-Seiten, Arial, Schriftgröße 11 Pt, einzeiliger Zeichenabstand) pro Referenz liegt als Anlage bei

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis internes Qualitätssicherungssystem -  
Mindestanforderung: Nachweis, dass der Bewerber ein internes Qualitätssicherungssystem installiert und betreibt. Der Nachweis kann durch Vorlage einer gültigen Zertifizierung oder einer textlichen Darstellung des QS-Systems (möglichst nicht länger als 2 DIN A4-Seiten, Arial, Schriftgröße 11 pt, einzeiliger Zeichenabstand) erbracht werden.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wertung der Leistungsfähigkeit - Wertung der Leistungsfähigkeit (s. Anlage 11 REM OL Auswahlmatrix\_1Stufe\_Teilnahmewettbewerb.xlsx)  
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wertung der Referenzen - Wertung der Referenzen (s. Anlage 11 REM OL Auswahlmatrix\_1Stufe\_Teilnahmewettbewerb.xlsx)  
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 70,00

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/07/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXS0YDWYT1MHS2Y7/documents>

**Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

URL: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXS0YDWYT1MHS2Y7>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 17/08 /2026

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXS0YDWYT1MHS2Y7>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Sicherheit für Vertragserfüllung: Es gelten die Bedingungen aus Anl1-1\_Allgemeine Vertragsbestimmungen. Als Sicherheit für die

Vertragserfüllung, insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, Mängelansprüche und Schadensersatz, Vertragsstrafen, Rückzahlung von Überzahlungen, Ansprüche auf vertragsgemäße Erbringung von geänderten und zusätzlichen Leistungen und Ansprüche bei Nichtabführung von Beiträgen an die Sozialversicherungsträger, behält der Auftraggeber von jeder Zahlung jeweils 5 v.H. bis zu einer Höhe von 5 v.H. des tatsächlichen Gesamthonorars ein. Der Auftragnehmer kann stattdessen auch eine Bankbürgschaft stellen. Die Bankbürgschaft ist als selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers unter Ausschluss der Hinterlegung und unter Verzicht auf die Einrede der Vorklage, zudem ohne Befristung, auszustellen.

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/08/2026 13:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Für die Prüfung der Teilnahmeanträge wird verwiesen auf die Darstellungen und Ausführungen in den Vergabeunterlagen, Dokument "Anlage 11 REM OL Auswahlmatrix\_1Stufe\_Teilnahmewettbewerb"

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Bewerber muss nachweisen, dass er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Fachrichtung Elektrotechnik) rechtmäßig zu führen. Zudem muss für die zu erbringenden Leistungen im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV eine entsprechende Bauvorlagenberechtigung nach dem jeweils geltenden Landesrecht vorliegen. Bei juristischen Personen ist dieser Nachweis für den verantwortlichen Projektbearbeiter /Entwurfsverfasser zu erbringen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Es gelten die Bedingungen aus den Vergabeunterlagen, insbesondere wird verwiesen auf den Vertragsentwurf sowie die Vertragsanlage Anl1-1\_Allgemeine Vertragsbestimmungen.

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 GWB nur zulässig ist, wenn. 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,

spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.  
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:  
Medizinische Hochschule Hannover  
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:  
Medizinische Hochschule Hannover  
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Medizinische Hochschule Hannover

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Medizinische Hochschule Hannover  
Registrierungsnummer: 03-0141700000-23  
Postanschrift: Carl-Neuberg-Straße 1  
Stadt: Hannover  
Postleitzahl: 30625  
Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: GB IV - Logistik, Abteilung Zentraleinkauf OE 1260  
E-Mail: [Zentraleinkauf-Vergaben@mh-hannover.de](mailto:Zentraleinkauf-Vergaben@mh-hannover.de)  
Telefon: +49 5115322786  
Internetadresse: <http://www.mh-hannover.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer  
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt  
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Medizinische Hochschule Hannover  
Registrierungsnummer: 03-0141700000-23  
Postanschrift: Carl-Neuberg-Straße 1  
Stadt: Hannover  
Postleitzahl: 30625  
Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: GB IV - Logistik, Abteilung Zentraleinkauf OE 1260  
E-Mail: [Zentraleinkauf-Vergaben@mh-hannover.de](mailto:Zentraleinkauf-Vergaben@mh-hannover.de)  
Telefon: +49 5115322786  
Internetadresse: <http://www.mh-hannover.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung  
Registrierungsnummer: t:04131153308

Postanschrift: Auf der Hude 2  
Stadt: Lüneburg  
Postleitzahl: 21339  
Land, Gliederung (NUTS): Lüneburg, Landkreis (DE935)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vergabekammer@mw.niedersachsen.de](mailto:vergabekammer@mw.niedersachsen.de)  
Telefon: +49 4131151334  
Fax: +49 4131152943  
Internetadresse: [https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht\\_und\\_recht/vergabekammer\\_rechtslage\\_ab\\_18\\_04\\_2016/vergabekammer-niedersachsen-144803.html](https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer_rechtslage_ab_18_04_2016/vergabekammer-niedersachsen-144803.html)

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle  
Schlichtungsstelle

**8.1. ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0a1aadd2-14c3-4b63-9d21-42d65a52f441 - 01  
Formulartyp: Wettbewerb  
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Unterart der Bekanntmachung: 16  
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/07/2026 16:53:26 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch  
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 465832-2026  
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 128/2026  
Datum der Veröffentlichung: 07/07/2026